

MICHAEL BRIE

Der Wind dreht sich

MONTAGSDEMONSTRATIONEN GEGEN DIE HERRSCHENDEN KLASSEN

Positionen vor dem Hintergrund empirischer Studien, die durch die RLS gefördert wurden¹

Schon lange mehren sich die Zeichen für eine politische Krise. Jene, die den Verfallsprozess der Legitimation der Herrschaft der SED in der DDR erlebt haben, kennen sie: Es beginnt mit dem Umkippen von Zukunftshoffnungen in Zukunftsängste und der sinkenden Bindung an vorhandene politische Projekte und dem Rückzug aus der Politik in das Private (heute auch ablesbar an sinkender Wahlbeteiligung, heftiger Wählerwanderung und schwindender Mitgliedschaft in Parteien und anderen Großorganisationen). Dann kommt es zur Bildung von zunächst kleinen alternativen Organisationen mit hohem Anspruch und symbolischer Ausstrahlung (in der DDR unter dem Dach der Kirche; heute waren die Bildung von ATTAC und die Beteiligung an den Prozessen des Sozialforums entscheidend). Es werden Ventile gesucht (in der DDR die Unterstützung für die sowjetische Perestroika, in der Bundesrepublik die Großdemonstration gegen den Irak-Krieg). Schließlich aber gehen Menschen auf die Straße: gegen die Politik und gegen die Herrschenden – im August und September 2004 waren es Hunderttausende. Das Volk will sich selbst vertreten. Was ist passiert? Vier Gründe seien genannt:

Erstens: Politik muss wenigstens eines haben, um, wenn schon nicht unterstützt, so doch hingenommen zu werden – sie muss Wirkung zeigen. Nach sechs Jahren unendlich zäher Reformen, bei denen, wie bayrische Politiker zu sagen pflegen, jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, fragen die Bürgerinnen und Bürger nach den Ergebnissen. Wo ist die neue Dynamik, wo das höhere Wachstum, wo sind die höheren Ein-

kommen, wo vor allem die neuen existenzsichernden Arbeitsplätze?

Keiner glaubt, dass durch Hartz IV auch nur irgendein ordentlicher neuer Arbeitsplatz jenseits von Niedriglohn und öffentlicher Zwangsverpflichtung entsteht. Deutschland schlägt alle Exportweltrekorde und seine Bürgerinnen und Bürger fühlen, dass sie dabei auf der Strecke bleiben. Die gestiegenen Umsätze im Ausland können die stagnierende oder sinkende Binnennachfrage der privaten und öffentlichen Hände nicht ersetzen. Selbst jene, die die Richtung der Politik unterstützen, sehen sich getäuscht, was die Einlösung der Verheißungen betrifft.

Die herrschende Politik hat sich delegitimiert, weil sie sich – selbst an ihren eigenen Versprechungen gemessen – als ineffizient erwiesen hat. Die regierenden Eliten werden als Versager angesehen. Waren 2002, so Renate Köcher am 18. August in der FAZ, nur 35 Prozent von den Parteien enttäuscht, so sind es jetzt 65 Prozent. Und 54 Prozent sehen keine grundlegenden Unterschiede zwischen CDU und SPD. Nur fünf Prozent haben noch ein größeres Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik.² Der jetzige Konflikt mit der Regierungspolitik ist zunächst einmal ein Konflikt darüber, ob sie effizient ist oder nicht.

Zweitens: Politik wird – auch wenn Politiker sich dies gerne wünschen würden – nicht primär an ihren Versprechen, sondern vor allem an den Maßstäben der Bürgerinnen und Bürger gemessen. Sie entscheiden für sich, was in ihren Augen eine »gute Gesellschaft« ist. Der Sozialwissenschaftler Dieter Fuchs hatte im Rahmen einer Studie für das Wissenschaftszentrum Berlin schon Mitte der neunziger Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass beträchtliche Teile der westdeutschen Bevölkerung und große Teile der ostdeutschen Bevölkerung dem normativen Modell eines »demokratischen Sozialismus« anhängen. Für sie ist eine Gesellschaft gut, die liberale Grund-

¹ Dabei handelt es sich vor allem um:

1. die Langzeitstudie von Prof. Förster, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre begonnen wurde und mit den gleichen Personen bis heute durchgeführt wird (Jugendliche jetzt 31 Jahre)
2. das Projekt des Hallenser Forschungsinstituts Fokus: »Gesellschaftliche Konfliktlinien und Werteorientierungen«.

² Renate Köcher: Mit Verständnis statt Konzepten. FASZ vom 18. August 2004, S. 5.

rechte mit sozialen Grundrechten, repräsentative Demokratie mit direkter Bürgerbeteiligung, Rechtsstaatlichkeit mit hoher sozialer Gleichheit, privates Eigentum mit öffentlichem Eigentum und einer starken Sozialpflichtigkeit des Eigentums verbindet.³

Die Agenda 2010 wie auch die Reformvorschläge von CDU und FDP stehen im direkten Widerspruch zu den normativen Grunderwartungen der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Differenz liegt nicht darin begründet, dass etwa die Bürgerinnen und Bürger Änderungen nicht für notwendig halten würden. Es sind 76 Prozent, die Ende 2003 meinten, die Gesellschaft müsse sich grundlegend wandeln. Nur hat die Mehrheit dabei klare Zielvorstellungen: 86 Prozent sind für soziale Grundsicherung (aber nicht als Zwangsarbeit auf Armutsniveau), 85 Prozent sind für eine Umverteilung von oben nach unten, 80 Prozent für mehr Bürgerbeteiligung. Für weitere Privatisierungen sind nur 40 Prozent, nur 43 Prozent könnten einer Führung mit Härte etwas abgewinnen und immerhin rd. 45 Prozent konnten sich radikale Einschnitte vorstellen. Nur: Wer schneidet da wem ins Fleisch?

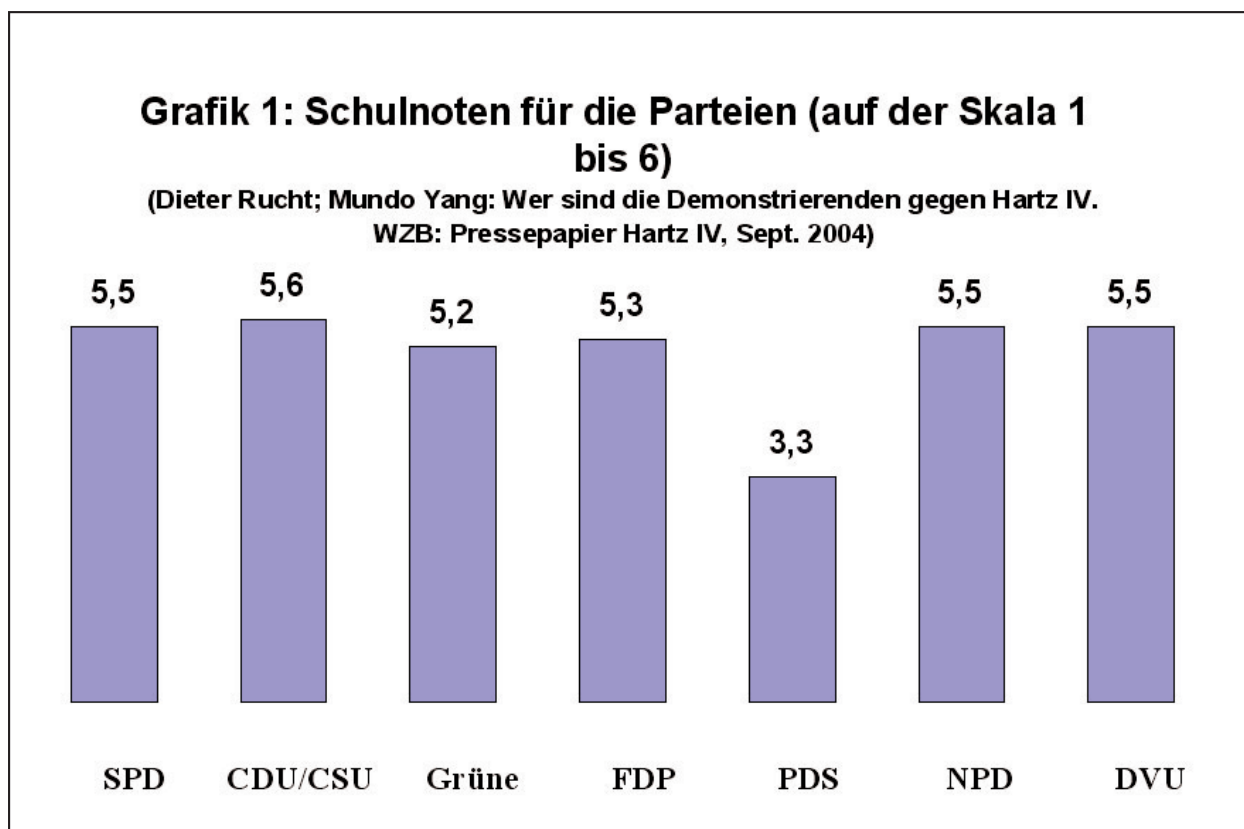
Die Vertreter aller etablierten Parteien von CSU und CDU über FDP und SPD bis zu den Grünen haben sich für »Reformen« entschieden, die eindeutig auf weniger gesellschaftliche Solidarität, weniger kollektive Grund-

sicherung, weniger soziale Integration zugunsten von einem Mehr an Markt, Wettbewerb, Privatisierung und Umverteilung zugunsten der Oberschichten zielen. Wie der Politikwissenschaftler Franz Walter bemerkt: »Eine solche politische Einstimmigkeit hat man in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus allein am 4. August 1914 erlebt.« (Süddeutsche Zeitung, 22. September 2004)

Dieser »Einheitsfront der Eliten« stehen große Teile der Bevölkerung gegenüber, die nicht mehr repräsentiert sind, weder parlamentarisch noch in den Großorganisationen der Gesellschaft. Die Parteien erhalten durch die Demonstrierenden bis auf die PDS allesamt Noten, die zum Sitzenbleiben verdammen würden. (Grafik 1) Die Montagsdemonstrationen waren und sind deshalb vor allem die Form, in der diese große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sich endlich selbst zu Wort meldet. Wo die Parteien versagen, meldet sich – glücklicher Weise – das Volk (noch?) auf demokratische Weise selbst zu Wort. Der Konflikt mit der Politik von Regierung und der Mehrheitsopposition ist zweitens ein Konflikt darüber, was eine gute Politik ist, die zu einer besseren Gesellschaft (einer besseren »Ordnung«) führt. Die Bundesrepublik ist durch einen tiefen Ordnungsdissens zwischen der Mehrheit der Bevölkerung und den herrschenden Eliten geprägt.

Drittens: Was gut oder schlecht ist, sieht sehr unterschiedlich aus in Abhängigkeit davon, wo in der Gesellschaft man sich befindet – ganz oben, ganz unten oder wo genau in der sog. Mitte. Es sollte nicht vergessen

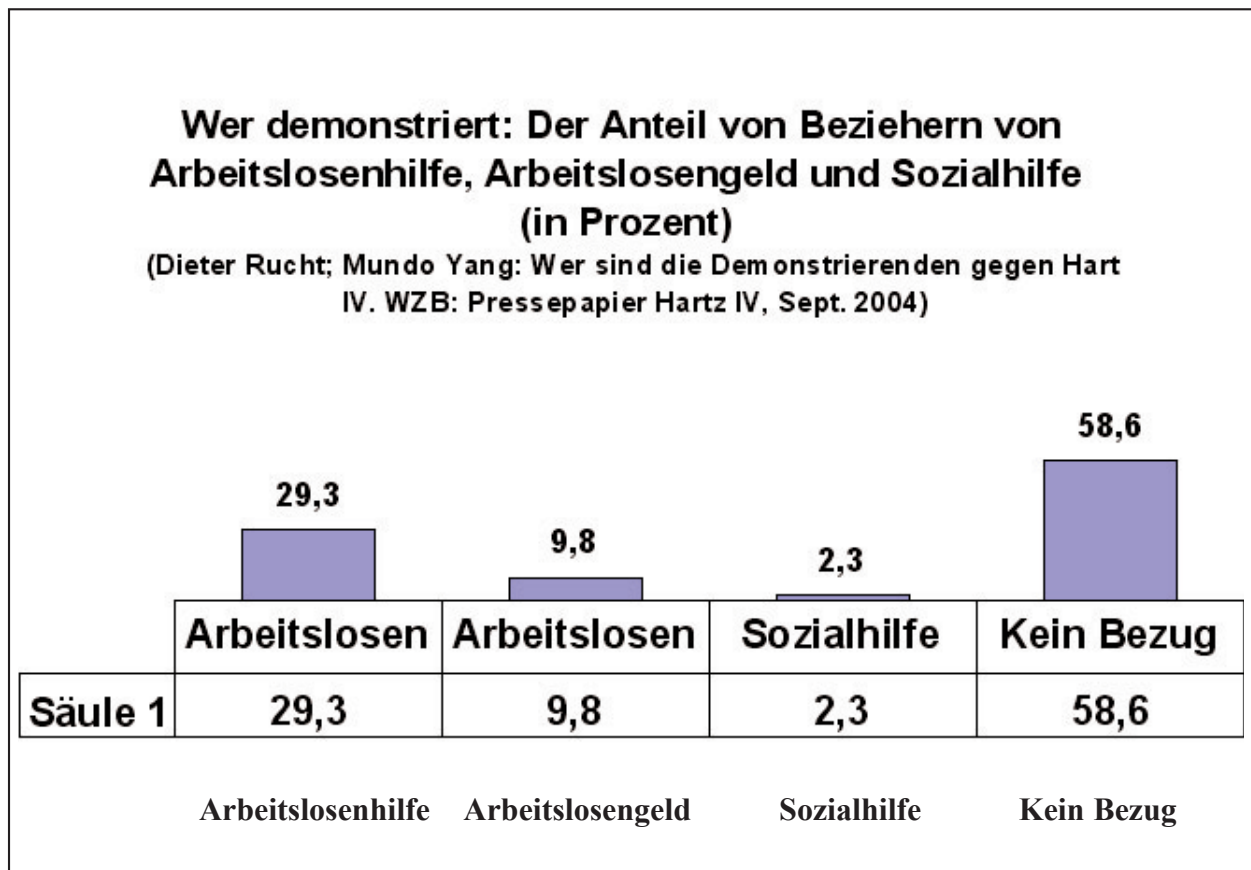
3 Fuchs, Dieter, 1996: Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: O. W. Gabriel, (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen, S. 81-114.



werden, dass für die Deutschen ihre Gesellschaft durchaus eine von oben und unten ist. So liegt die Zahl derer in Westdeutschland, die sich »unten« sahen, zwischen 25 und 30 Prozent und in Ostdeutschland um 50 Prozent. Und während sich im Westen rd. zehn Prozent oben sahen (leicht abnehmend), waren es im Osten rd. fünf Prozent. 74 Prozent der befragten ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger im Alter von 31 Jahren fühlen sich durch die Reformen der Bundesregierung direkt bedroht. Jede neue Nachricht wie ein blauer Brief. Von

jenen, die nie arbeitslos waren, sind es nur (oder sogar) 64 Prozent, von jenen, die öfter arbeitslos waren, sind es 80 Prozent, die diese Angst haben. 87 Prozent jener, die an den Montagsdemonstrationen teilnahmen, ist direkt oder indirekt (in Familie und Bekanntenkreis) selbst betroffen (vgl. auch Grafik 1).

Der Konflikt um die gerechte Ordnung ist spätestens Ende der neunziger Jahre zu einem sozialen Konflikt geworden – zunächst untergründig und heute manifestiert im offenen Protest der Bürgerinnen und Bürger. Die



Klassengesellschaft kehrt zurück. Die Chancen für ein gutes und selbstbestimmtes Leben hängen wieder von der sozialen Lage ab. Und dabei geht es nicht um die Wahl zwischen BMW oder Golf, sondern um die existenziellsten Fragen – Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit, Kinder. Dies mögen sich viele Politiker, Großunternehmer und die hochdotierten Berater mit ihren immer neuen »coolen« Reformvorschlägen nicht vorstellen können, da in ihrer Lebenswelt diese Fragen gar nicht stehen: In Ostdeutschland jedoch kann selbst jeder, der gegenwärtig nicht direkt betroffen ist, Leute in seiner Umgebung nennen, die von existenzieller Not erfasst werden.

Hartz IV wird als Klassenkampf von oben verstanden. Gefragt, wo der wachsende Reichtum bleibt, antworten in Berlin im Osten 75 Prozent und im Westteil 66 Prozent, er werde als Profit konzentriert. Der Konflikt um

die gerechte Ordnung ist zum sozialen Konflikt geworden zwischen »uns« und »denen da oben«, zwischen den Normalbürgerinnen und -bürgern und der wirtschaftlich-politisch herrschenden Klasse. Über achtzig Prozent der Bevölkerung sieht eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. Die herrschenden Eliten werden nicht nur als jene angesehen, die erstens eine ineffiziente Politik machen, die zweitens in die falsche Richtung führt, sondern zudem noch als eine Gruppe, die dies drittens mit eigennützigen Zielen der Bereicherung von »ihresgleichen« tut.

Der soziale Konflikt um eine erfolgreiche, gute Politik, die den einfachen Leuten nützt, kann zum Konflikt »Deutsche« gegen »Ausländer« werden. Seit 2002 nimmt die Ablehnung von Ausländern wieder kontinuierlich zu. 46 Prozent der Bevölkerung stimmen heute der Auffassung zu, dass es zu viele Muslime in Deutsch-

land gäbe. Es gibt einen empirischen Zusammenhang zwischen eigener Zukunftsangst und Ausländerfeindlichkeit, die schnell in neue Gewalt umschlagen kann. Es ist deshalb die Verantwortung aller demokratischen Parteien und Organisationen, ihn strikt demokratisch als sozialen Konflikt auszutragen und nicht noch durch Kopftuchverbote selbst zu ethnisieren bzw. als religiösen Kulturkampf darzustellen. Reformen, die ohne Blick für die soziale Integration der Gesellschaft getätigt werden, bedrohen Demokratie, Toleranz und – buchstäblich – auch das Leben ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Viertens: Mit Blick auf die besondere Demonstrationsbereitschaft der Ostdeutschen, die sich aber vor dem Hintergrund der drei obigen Thesen als Vorbote großer gesamtdeutscher Demonstrationen erweisen könnte, wird von manchen regierenden ostdeutschen Politikern die These geäußert, dass es sich um Demonstrationen gegen die Abstufung der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse handeln würde. Man könnte dann ihre Sorgen gegenüber dem Bund vertreten. Aber anders als bei den Protesten der neunziger Jahre gegen Abwicklung, Rentenkürzungen, Betriebsschließungen und Enteignung von Immobilien ist dies aber heute falsch.

Es handelt sich nicht primär um einen Konflikt zwischen Ost und West. Die Ostdeutschen fühlen sich nur mehr noch als die Westdeutschen direkt von der jetzigen Politik bedroht. Ende 2003 waren 60 Prozent der Westdeutschen eher zukunftszuversichtlich, während 71 Prozent der Ostdeutschen von Angst sprachen. Von 1996 bis 2003 hatte sich bei befragten Bürgerinnen und Bürgern die persönliche Zukunftsangst fast verdoppelt. Nachdem viele mit Mühe die unglaublichen Umbrüche nach 1990 überstanden haben, sehen sie jetzt die direkte Gefahr des Absturzes im Gefolge einer Politik, die die gesamte Bundesrepublik betrifft. Und angesichts ihrer existenziellen Angst vergleichen sie dabei DDR und Bundesrepublik, die sie beide erlebt bzw. erleben.

In Ostdeutschland hat sich die Auffassung verbreitet, dass die DDR sie als Diktatur eingesperrt und unfrei gemacht hat. Keiner will dahin zurück. Zugleich interpretieren die Ostdeutschen die jetzige Gesellschaft als Kapitalismus, der sie arbeitslos macht und ihnen mit Armut und Zwangsarbeit droht. Die immer wieder von den herrschenden Eliten verbreitete Auffassung, dass es völlig ungerechtfertigt sei, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Diktatur einer Partei mit der Erfahrung eines ökonomisch begründeten Diktats (»Es gibt keine Alternative!«) vergleichen, ist angesichts solcher Ängste und Nöte zumindest arrogant. Nur eine Politik, die diese Ängste und Nöte ernst nimmt und dazu beiträgt, ihnen erfolgreich Abhilfe zu verschaffen, kann beweisen, dass die genannten Auffassungen falsch sind. Bis dahin gilt: Für die Ostdeutschen kann die jetzige Krise zu einer

Ablehnung des »Systems« und seiner herrschenden Klasse werden. Brecht empfahl der SED im Juni 1953, sie solle nicht die Bevölkerung beschimpfen, sondern sich lieber ein neues Volk wählen. Die andere Variante wäre, dass die Bürgerinnen und Bürger selbst dafür sorgen, dass ihre Anliegen auf demokratische Weise in Staat und Gesellschaft stark vertreten sind.

Viele Parteien sowie Politikerinnen und Politiker versuchen, die Demonstrationen als Ausdruck der Krise von Information über eine an sich erfolgreiche und gute Politik, die vor allem den sozial Schwachen nützt, zu interpretieren. Vom Standpunkt der Mehrheit der Bevölkerung ist dies falsch. Sie sehen sich mit einer erfolglosen, falschen, ungerechten Politik konfrontiert, die sie unmittelbar existenziell bedroht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

In der Reihe »Standpunkte« sind u.a. erschienen:

Lutz Brangsch

EU – Sozial und solidarisch? (Standpunkte 7)

Jürgen Leibiger

Alternative Eigentumpolitik:

Gestaltungsfelder und Kriterien (Standpunkte 8)

Volker Eichstedt

Bildung aus dem Warenkorb?

GATS und die Zukunft der

Öffentlichen Bildungssysteme (Standpunkte 9)

Florian Weis

Linker Aufbruch oder »the same procedure«?

Einige Anmerkungen zu Erfolgchancen und

Ausrichtung einer möglichen neuen Linkspartei

und ihres Verhältnisses zur PDS (Standpunkte 10)

Barbara Dickhaus, Kristina Dietz

Private Gain – Public Loss? Folgen der

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher

Dienstleistungen in Europa (Standpunkte 11)

Dieter Klein

Wo bleibt der produzierte Reichtum? (aktualisierte

Fassung, Standpunkte 12)

Martin Bongards

Hartz IV – Tagelohn und Arbeitsdienst

(Standpunkte 13)

Rainer Rilling

Die Rechte ist auch nicht mehr, was sie mal war

Zum Wahlergebnis von NPD und DVU bei den

Landtagswahlen im September 2004

(Standpunkte 15)